

BREXIT IM REALITY CHECK. ABRISS ODER KONSTRUKTIVER AUFBAU?

Die „unbeliebte“, „um Gunst buhlende“, ja sogar „tödlich getroffen vor sich hin wankende“, so oder ähnlich wurde der Auftritt der britischen Premierministerin beim letzten Parteitag der Tories im Oktober in Manchester beschrieben. Aber es ging nicht nur um ihren Auftritt, es war schon der Versuch, eine Bilanz ihrer Regierungszeit zu ziehen. So sehr die britischen Medien Theresa May auch geißeln, immer bleibt ein Rest von Respekt erhalten. Denn wer hier scharf kritisiert, wird über kurz oder lang selber sinnvolle Vorschläge zum Brexit-Dilemma machen müssen. Das gilt für Labour und Tories gleichermaßen.

Viele deutsche Medien und politische Beobachter fühlen sich sicher in ihrer Position einer wirtschaftlichen Hegemonialmacht. Obwohl der Bundestagswahlkampf fast auf die Innenpolitik reduziert war, fiel gelegentlich das Stichwort ‚Brexit‘. Die Briten hätten abgestimmt, so etwa SPD-Spitzenkandidat Martin Schulz, nun müssten sie sehen, wie sie damit fertig werden: „Rosinenpicken gibt’s nicht“. Aus Brüssel kommen dazu Horrornachrichten: Die Briten haben ihre Hausaufgaben nicht gemacht, die Regierung ist zerstritten usw. Dagegen stünden die 27 EU-Staaten „wie ein Mann“ hinter ihren Beschlüssen“, meint Jean-Claude Juncker. Michel Barnier, der die Verhandlungen für die EU führt, behandelt den britischen Brexit-Beauftragten David Davis wie einen Bittsteller, der einen Eignungstest nach dem anderen bestehen muss. Von Solidarität keine Spur. Doch was steckt hinter diesem Kurs? Ohne Frage, die grausam zähen Brexit-Gespräche in Brüssel zeigen Wirkung. Selbst die forschen EU-Skeptiker der Vise-grád-Gruppe (Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn) fürchten sich vor ähnlichem Procedere. Zeitgleich wird Unmut über die Bürokraten in Straßburg und Brüssel laut. Die Brexit-Verhandlungen erzeugen Furcht in Europa: ‚Bitte verschont uns von Chaos‘. Der sonst so forsche ungarische Premierminister Orban schreckt inzwischen vor allzu derber Rhetorik zurück. Und sprachen italienische Regierungsmitglieder leise, aber hörbar noch vor einem Jahr davon, die Euro-Zone zu verlassen, haben die Brexit-Verhandlungen die Bürger tief verunsichert.

Die Ergebnisse der Bundestagswahlen am 24. September dieses Jahres hatten Signalwirkung in ganz Europa: Die Gewinner des politisch rechten Spektrums sind keine Randerscheinungen, die nur andere EU-Staaten erleben. Nachdem man in Berlin den Sieg Macrons über Front National begrüßte und sich über die Niederlage der holländischen Populisten freute, hat Deutschland hat nun ein eigenes Nationalismus-Problem. Und auch das weckt Befürchtungen bei den europäischen Nachbarn, die jetzt mit Sorge auf unsere Vergangenheit - und auf ihre Zukunft blicken. Wird Deutschland den populistischen, antidemokratischen Strö-

mungen standhalten können? Aber nicht nur deshalb sind alle auf Kompromisslosigkeit zielende Stellungnahmen in Sachen Brexit kontraproduktiv. Es darf nicht darum gehen, mit nationalen Egoismen „zu punkten“. Die Strategie, Großbritannien zu isolieren, kann ein Eigentor werden. Denn noch immer hat sich Europa nicht von der Finanzkrise 2008 erholt, noch wissen wir nicht, mit welchen Herausforderungen das EU-Bündnis konfrontiert werden wird.

Mit dem Brexit entstehen nationalistische Schattierungen, wie wir sie aus der Geschichte Europas kennen. Prof. emerit. Deirdre McCloskey (Universität Illinois) verwies darauf, dass Europa eine neue Form des „Nativismus“ drohe, just jener Couleur, wie er in Österreich und Sachsen, wo die AfD stärkste Partei in der Region war, propagiert wurde. McCloskey versucht, die Menschen zu überzeugen, dass es sinnvoll sei, staatliche Regulierungen im Handel zurückzufahren, um die Freiheit zu erhalten. Wenn die Menschen ein Grundverständnis von wirtschaftlichen Zusammenhängen hätten, liefen sie nicht so schnell Gefahr, populistischen „Rattenfängern“ auf den Leim zu gehen, so McCloskey. Es wäre kurzfristig gedacht, das Brexit-Referendum nur als isolierte politische Meinungsäußerung wahrzunehmen. Auch die katalanischen oder schottischen Unabhängigkeitsbestrebungen werden nicht einfach verschwinden. Und hier entwickelt sich eine bedenkliche Dynamik: Je stärker diese Bewegungen durch Polarisierung oder Dominanzgehabe an den Rand gedrängt werden, desto deutlicher werden die Bürger versuchen, ihren Ängsten Ausdruck zu verleihen und diese Bewegungen unterstützen. Wer durch EU-Handelsvereinbarungen das „level playing field für alle“, wie immer gerne von Brüssel betont, etabliert, wird zwangsläufig früher oder später all jene um das deutsch-französische Zentrum herum an den Rand drängen. Ob man die Italiener mit dem Verbot von nicht pasteurisiertem Käse vergrault oder die Briten ihre geliebte „Cadbury“-Schokolade verlieren, spielt dann kaum noch eine Rolle.

Es ist höchste Zeit, neue Rezepte für die Lösung der Konflikte in Europa zu entwickeln. Oder, wie der neue Nobelpreisträger und US-Verhaltensökonom Richard H. Thaler, einst Berater der britischen Regierung, mahnt: „Wir müssen eine Brücke bauen zwischen der wirtschaftlichen und psychologischen Analyse menschlicher Entscheidungen.“ Ob Brüssel und London die ersten Pfeiler dieser Brücke bereits gebaut haben, wird sich bald zeigen.

Uwe Westphal
Geschäftsführer bei Westphal Ltd. London-Berlin